

Das heißt, er geht nur zu Lasten der Spanne, er muß nicht auf den Endverbraucherpreis drauf.

Von Ryssel (Die Liberalen):

Frau Ministerin, ich habe nicht gesagt, daß er auf den Endverbraucherpreis drauf muß. Ich habe nur gesagt, daß er wie eine Merwertsteuer wirkt.

(Beifall bei Liberalen und SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Anfrage?

(Von Ryssel, Die Liberalen: Ja, bitte.)

Dr. Matteredne (SPD):

Herr Abgeordneter, glauben Sie, daß von Ku'damm anfang bis Ku'dammende die Preise alle gleich sind? Glauben Sie, daß die Unterschiede zwischen Aldi und Woolworth und anderen kleiner sind als diese 11 %? Und wie wirkt sich das auf das Handelsgewinnen der Bürger aus, die dort kaufen? Glauben Sie, daß da große Erschwernisse sind, wenn man Bananen in der Seitenstraße auf oder irgendwo in der Mitte dieser Straße? Sie wissen doch, welche die Unterschiede sind.

(Von Ryssel, Die Liberalen: Ich weiß nicht, was Sie eigentlich wollen.)

Hat das große Auswirkungen auf das Kaufverhalten der Bevölkerung? Es müßte ja nach Ihren Worten in diesen Geschäften, wo das ein paar Prozent teurer ist, erhebliche Einbußen geben. Aber das ist doch nicht so.

Von Ryssel (Die Liberalen):

Uns geht es darum, daß eine ganz bestimmte Bevölkerungsschicht diese zusätzlichen 11 % bzw. 6 % tragen muß, während eine andere Bevölkerungsschicht das nicht zu tragen braucht.

(Dr. Matteredne, SPD: Nein.)

(Unruhe im Saal)

Ich kann Sie jetzt hier dazu nicht belehren.

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall: Erlauben Sie mir doch eine Anfrage?)

Ja.

Dr. Wöstenberg (Die Liberalen):

Herr von Ryssel, könnten Sie uns vielleicht erklären, wem die 11 % schaden sollen? Es muß sie ja einer bezahlen letzten Endes, ich glaube nicht, daß das die Frau Minister ist. Dann müßte sie uns erklären, wer das Geld dann bekommen soll. Letzten Endes müßte es ja dann zuungunsten des Handels sein, und der steht ja auch momentan bei uns nicht auf goldenen Füßen, wenn in Berlin zum Beispiel alle Verkehrsverbindungen offen sind und die S-Bahn durchfährt. Ich frage mich wirklich: Was soll es dem Handel in Berlin nützen, wenn wir auf Waren einen Aufschlag erheben, wer auch immer diesen Aufschlag letzten Endes bezahlen muß. Wenn es der Kunde nicht sein soll, müssen wir einen anderen benennen.

Von Ryssel (Die Liberalen):

Wenn ich die Anordnung richtig gelesen habe, muß es der Kunde bezahlen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Gut, nächste Frage.

Dr. Weber (CDU/DA):

Herr Abgeordneter, wenn ich das richtig verstanden habe, werden diese 11 % auf den Nettoeinkaufspreis aufgeschlagen, ohne daß sie sich im Endverbraucherpreis wiederfinden. Das heißt also, daß der Einzelhändler das tragen soll. Sind Sie der Meinung, daß gerade kleine Handelsunternehmen, die sehr spezialisiert sind, dann noch konkurrenzfähig sind?

Von Ryssel (Die Liberalen):

Wenn das so gemeint ist in der Anordnung, dann verstehe ich die Anordnung überhaupt nicht mehr,

(Beifall bei Liberalen und PDS)

wenn der Preis sich nicht mehr erhöhen soll.

(Dr. Weber, CDU/DA: Dann würde ich die Frage gern an die Frau Minister weiterreichen.)

Ja, ich verstehe. Wenn das so gemeint wäre - und die Meinung habe ich auch schon gehört, es braucht ja gar nicht zu greifen, es könnte sein, daß der Handel das gar nicht durchzieht, diese 11 % - dann verstehe ich die Anordnung überhaupt nicht mehr.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Erlauben Sie noch eine Frage?

Dr. Dorendorf (CDU/DA):

Herr von Ryssel, würden Sie mit mir die Auffassung teilen, daß ein sehr wirksamer Schutz der Waren der DDR-Industrie und der DDR-Landwirtschaft gewährleistet wäre, wenn wir im Einzelhandel in den einzelnen Territorien nicht nur zwei Handelsunternehmen hätten, sondern diese sich auf 10,15 Handelsunternehmen erstrecken würden, das heißt, daß wir im Handel einen richtigen schönen Wettbewerb hätten und daß in diesem Wettbewerb die DDR-Produkte auch ihre Marktchancen hätten? Teilen Sie mit mir die Auffassung?

Von Ryssel (Die Liberalen):

Ich finde das auf jeden Fall wesentlich effektiver als die vorgesehene Anordnung.

(Dr. Dorendorf, CDU/DA: Schönen Dank.)

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall: Schönen Dank. Erlauben Sie noch eine Anfrage?)

Ja, bitte.

Dr. Förster (SPD):

Sehr geehrter Herr Kollege, sind Sie nicht auch der Meinung, daß die Verkäuferinnen und die Verkäufer bei uns nur ungefähr 35 bis 40 % verdienen gegenüber denen in der Bundesrepublik, daß die Ladenmieten bei uns wesentlich niedriger sind als in der Bundesrepublik und daß die Energiepreise wesentlich billiger sind bei uns? Glauben Sie dann tatsächlich, daß sich dieser Riesenvorteil der geringeren Löhne, Mieten und und und . . . sich nicht wesentlich mehr auswirken als diese 11 % auf den Nettoeinkaufspreis? Weshalb müssen denn überhaupt die Preise bei uns